

## Nachrichten

## Nationalrat will kein Hanfgesetz

**Bern.** Der Nationalrat hat eine parlamentarische Initiative der Grünen abgelehnt. Diese wollten Cannabis faktisch legalisieren. Anbau, Handel, Konsum, Jugendschutz und die Besteuerung aber in einem Gesetz regeln wollten. Grünen-Sprecherin Maya Graf (BL) erinnerte daran, dass Hunderttausende regelmässig Cannabis konsumierten. Die Verbote hätten versagt. Die Mehrheit des Nationalrats war anderer Meinung. Hanf sei keine harmlose Droge, argumentierte Kommissionssprecher Mauro Tuena (SVP/ZH). Jugendliche kiffen auf dem Weg zur Arbeit oder zur Schule, und das führe zu Problemen. SDA

## Hilfe für die Schweizer Wasserkraft

**Bern.** Der Bundesrat soll Investitionsanreize schaffen, damit die einheimische Stromproduktion langfristig erhalten bleibt. Das verlangen National- und Ständerat. Sie wollen insbesondere die Wasserkraft zusätzlich unterstützen. Der Nationalrat hat mit 102 zu 92 Stimmen eine Motion aus dem Ständerat an den Bundesrat überwiesen. Dieser hatte den Räten beantragt, den Vorstoss abzulehnen. Energieministerin Doris Leuthard stellte fest, das Wort «Investitionsanreize» bedeute weitere Subventionen. Sie erinnerte an die Fördermassnahmen, die das Parlament schon beschlossen hat. Zusätzliches sei nicht nötig. SDA

## Einwandfreies Verfahren gewährleisten

**Bern.** Die Verfahren rund um den Entzug von Führerausweisen sollen verbessert werden. Das fordern National- und Ständerat. Betroffene sollen mehr Rechtssicherheit erhalten. Der Nationalrat hat eine Motion von Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR) stillschweigend an den Bundesrat überwiesen. Dieser muss dem Parlament nun Änderungen des Strassenverkehrsgesetzes vorlegen. SDA

## Am E-Voting wird festgehalten

**Bern.** Der Nationalrat will die Entwicklung des E-Votings nicht stoppen. Er hat parlamentarische Initiativen von Franz Grüter (SVP/LU) und Balhasar Glättli (Grüne/ZH) abgelehnt, mit 98 zu 80 Stimmen bei 16 Enthaltungen beziehungsweise 99 zu 80 Stimmen bei 15 Enthaltungen. Die Initianten warnten vergeblich vor den Risiken. Die Befürworter würden nicht müde zu betonen, dass E-Voting sicher sei, sagte Grüter. «Aus meiner Sicht ist dies blauäugig und naiv, wenn ich sehe, was weltweit passiert, sogar fahrlassig.» Grüter erinnerte an die zunehmenden Cyberangriffe und versuchten Wahlmanipulationen. SDA

## Identität muss nicht zweifelsfrei geklärt sein

**Bern.** Der Nationalrat ist gegen neue Auflagen für die Einbürgerung. Er hat eine parlamentarische Initiative abgelehnt. Diese verlangte, dass für eine Einbürgerung die Identität zweifelsfrei geklärt werden muss. Es sei vorgekommen, dass Gemeindebehörden Personen mit dem Vermerk «Staatsangehörigkeit ungeklärt» zur Einbürgerung vorgeschlagen hätten, berichtete Claudio Zanetti (SVP/ZH). «Ich finde das in höchstem Masse stossend.» Die Mehrheit ist jedoch überzeugt, dass die Identität bei der Einbürgerung bekannt ist. SDA

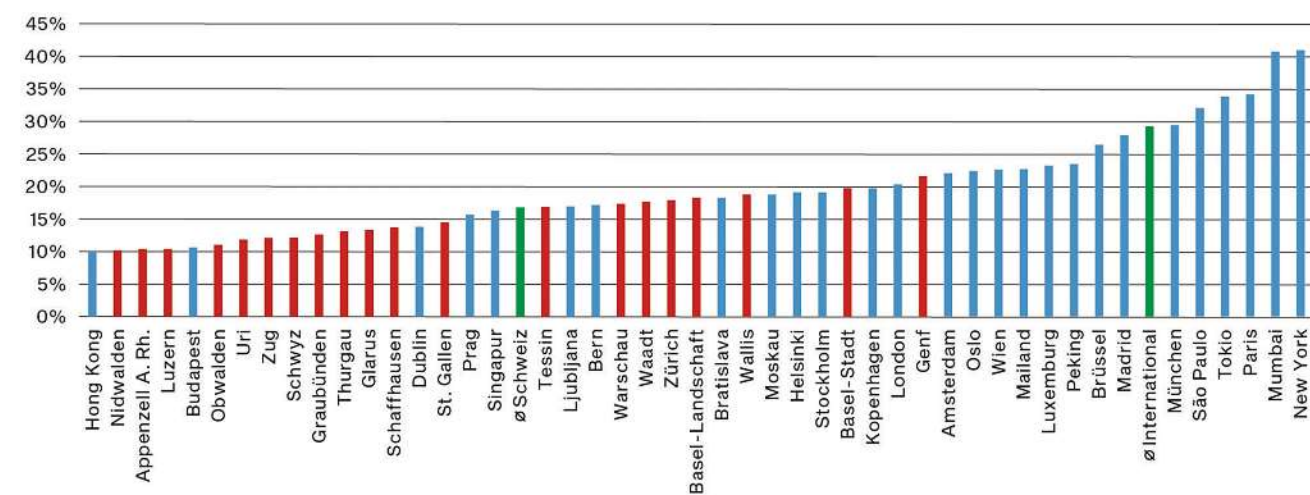
## Pläne für erste Solarautobahn

**Fully.** Im Kanton Wallis könnte bald die erste Solarautobahn der Schweiz entstehen. In Fully (VS) sollen Solarpanels über einem Abschnitt der Autobahn A9 installiert werden. Nun hat dieses Pilotprojekt der erneuerbaren Energie einen grossen Schritt vorwärts gemacht. Die Zuger Firma Servipier hat Ende August vom Bundesamt für Strassen (Astra) grünes Licht für die Installation im Unterwallis erhalten. SDA

## Vernichtender Bericht

Hilfswerke kritisieren die Steuerreform 17 scharf

Effektive Durchschnittssteuerbelastung 2017 in den Kantonshauptorten im internationalen Vergleich (in % des Gewinns)



**Schon jetzt günstig.** Unternehmen in der Schweiz werden wenig belastet. Quelle Darstellung SGB, Daten ZEW/BAK Basel

Von Christoph Lenz, Bern

Hilfswerke wie Swissaid, Helvetas, Caritas, Fastenopfer und Brot für alle üben Fundamentalkritik an der Steuervorlage, über die heute der Nationalrat entscheidet. Ihre Arbeitsgemeinschaft Alliance Sud hat dazu gestern einen vernichtenden Bericht veröffentlicht. Aus ihrer Sicht setzt die Schweiz weiterhin auf ein Steuersystem, das den ärmeren Ländern im Süden im grossen Stil Steuern entzieht.

Multinationale Konzerne könnten ihre Gewinne weiterhin über interne Verrechnungen in die Schweiz verschieben, wo sie mild besteuert würden. Das Land gehöre mit den Niederlanden, Luxemburg, Irland oder den USA zu den Tiefsteuerländern für internationale Unternehmen und sei mitverantwortlich dafür, dass diese je nach

Branche immer weniger Steuern zahlen müssten. Die Kritik der Entwicklungshelfer richtet sich implizit auch an ihre politischen Verbündeten in der SP. Deren Exponenten sind bereit, die Steuervorlage zu unterstützen, um im Gegenzug die damit verknüpfte AHV-Finanzspritze zu erhalten. Allerdings kann die SP für sich in Anspruch nehmen, dass die Steuervorlage den internationalen Steuerwettbewerb eher bremst als anheizt. Die Vorlage führe klar zu einer Eindämmung, sagte Parteipräsident Christian Levrat kürzlich der *Aargauer Zeitung*.

## Sonderregeln fallen weg

Die Steuervorlage sieht vor, dass die Schweiz mehrere verpönte Steuerprivilegien für Unternehmen abschafft, wie sie dies gegenüber der OECD und der EU offiziell angekündigt hat.

Im Gegenzug sieht die Vorlage zwar neue Vergünstigungen vor, diese sind jedoch international akzeptiert und auch in anderen Ländern anzutreffen. Für die betroffenen Konzerne sind die neuen Steuerregimes weniger attraktiv als die heutigen. Der Bundesrat und die Kantone gehen davon aus, dass sie in Zukunft mehr Steuern bezahlen.

Das tut der Kritik der Entwicklungshelfer keinen Abbruch. Sie hatten sich von der Reform mehr erhofft, nachdem das Volk die erste Auflage 2017 wuchtig verworfen hat. Ihre Kritik richtet sich gegen den sogenannten Abzug für Eigenfinanzierung für kapitalintensive Unternehmen; diesen kann jedoch voraussichtlich nur der Kanton Zürich einführen. Zudem stört sich Alliance Sud am Teilabzug, der in dieser Reform bisher gar nicht zur Debatte stand.

## Ein Ja zum Deal liegt in der Luft

Heute kommt der AHV-Deal in den Nationalrat – die SVP ist gespalten

Von Fabian Schäfer, Bern

Die SVP ist nicht bekannt dafür, eine Vorreiterin der Transparenz zu sein. Parteifinzen, Personalfragen, Entscheidprozesse, Strukturen – alles relativ undurchschaubar. Insofern war es doch überraschend, dass Thomas Aeschi gestern Abend die Öffentlichkeit mit maximaler Präzision über die Gefühlslage seiner Fraktion zum AHV-Steuer-Deal informierte. Sogar für einzelne Detailanträge gab der Fraktionspräsident das volle Abstimmungsergebnis inklusive Enthaltungen bekannt. Entscheidend dürfte aber vor allem ein Resultat sein: Gemäss Aeschi unterstützen 13 Fraktionsmitglieder den AHV-Steuer-Deal in der Version des Ständerates. 33 SVPlen lehnen das Paket ab. 28 Fraktionsmitglieder fehlten bei der Abstimmung.

Aeschi bediente die Bedürfnisse der vielen Rechenschieber-Künstler in den Redaktionen und Fraktionsbüros. Sie versuchen seit Tagen zu ermitteln, ob der AHV-Steuer-Deal, das wohl wichtigste Geschäft des Jahres, heute im Nationalrat eine Mehrheit findet. Der Trend am Vorabend der Debatte lautet: ja.

Dies auch wegen des Ergebnisses der SP-Fraktionssitzung, die zeitgleich stattfand. Die Sozialdemokraten haben sich sehr deutlich dafür ausgesprochen, das Geschäft in der Form des Ständerats anzunehmen. Recherchen zufolge betrug das Stimmenverhältnis in der Fraktion 36 zu 3. Da FDP und CVP ihre Unterstützung für die Verknüpfung der Unternehmenssteuerreform mit einer AHV-Zusatzfinanzierung von zwei Milliarden Franken pro Jahr bereits bekannt gegeben haben, müssten die Befürworter die erforderlichen 101 Stimmen komfortabel erreichen.

## Opposition von allen Seiten

Dennoch steht heute eine intensive Debatte ab. Erstens, weil etwa die SP ihre Zustimmung zum Paket von zwei Korrekturen abhängig macht: «Wir verlangen, dass insbesondere beim Kapitaleinlageprinzip nachgebessert wird», sagt SP-Nationalrat Beat Jans. Dieses Instrument zur steuerfreien Rückzahlung von Reserven müsse stärker eingeschränkt werden. Zudem müssten auch die Städte und Gemeinden etwas vom Deal haben.

Zweitens gibt es eine über das ganze politische Spektrum gefächerte Grund-

satzopposition, was die Lage sehr unübersichtlich macht. Von links wird der AHV-Steuer-Deal von den Grünen und vereinzelt Sozialdemokraten bekämpft. Die Steuerreform befeuert das Steuerdumping, sagt Grünen-Präsidentin Regula Rytz. Die Ablehnung aus der Mitte richtet sich gegen die AHV-Finanzierung. Der 2-Milliarden-Franken-Zuschuss sei ein «Angriff auf den Generationenvertrag», sagt Kathrin Bertschy (GLP). Auch die SVP stösst sich an diesem Element. «Eine echte AHV-Sanierung bräuchte strukturelle Elemente», sagt Fraktionschef Aeschi. Da diese nicht enthalten seien, sei der Deal für die Mehrheit der SVP «nicht akzeptabel». Was alle Gegner eint, ist die Ablehnung der Verknüpfung der Steuervorlage mit der AHV-Finanzierung. Diese sei undemokratisch, weil es für die Stimmbürger sehr schwierig sei, ihren Willen zu diesem Paket zu äussern.

Ob die Allianz im Parlament dann auch bei einer allfälligen Volksabstimmung hält, ist dennoch ungewiss. Erst gestern haben sich die SP Frauen des Kantons Bern für ein Nein zum AHV-Steuer-Deal ausgesprochen. Sie wollen nun den Druck auf die Parteispitze erhöhen.

## Beide Agrar-Initiativen drohen zu scheitern

Zustimmung ist über die Sommerferien im zweistelligen Bereich zurückgegangen

Von Markus Brotschi, Zürich

Es sieht nach einem klassischen Verlauf des Abstimmungskampfs aus: Die Fair-Food-Initiative und die Initiative für Ernährungssouveränität sind nach der Sommerpause mit satten Ja-Mehrheiten gestartet.

In der dritten Umfragewelle von Tamedia ergibt sich nun für beide Begehren ein deutliches Nein.

## Frauen sagen Ja zu Fair Food

In der letzten Erhebung vor zwei Wochen resultierte noch eine Zustimmung für die Agrar-Initiativen. Seither hat die Initiative für Ernährungs-

souveränität 14 Prozent Zustimmung verloren, die Fair-Food-Initiative zwölf Prozent. Der entscheidende Meinungsumschwung hat laut den Politologen Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen in der Basis von CVP und SVP stattgefunden, die nun beide Anliegen klar ablehnen. Die Initiative für Ernährungssouveränität will eine Neuausrichtung der Schweizer Agrarpolitik: «Mehr Staat, weniger Markt» lautet der Grundsatz. Dazu sagen laut Umfrage noch 39 Prozent Ja oder eher Ja, 59 Prozent Nein oder eher Nein. Bei der Wählerchaft der bürgerlichen Parteien wird die Initiative der Bauernorganisation Unterter nun durchgehend abgelehnt.

Meistgenanntes Argument gegen die Initiative ist, dass sie die Schweizer Landwirtschaft abschotten wolle.

Die Fair-Food-Initiative will höhere Standards für importierte Lebensmittel in der Verfassung verankern. Dazu sagen nun 56 Prozent der Befragten Nein oder eher Nein, noch 43 Prozent Ja oder eher Ja. Meistgenanntes Argument gegen die Initiative ist, dass die Lebensmittel in der Schweiz noch teurer und der Einkaufstourismus noch grösser würden. Auffallend ist, dass die Zustimmung zur Fair-Food-Initiative unter den Frauen viel höher ist als bei den Männern. Bei den Frauen hat das Volksbegehren der Grünen nach wie

## Aktuelle Debatte verlangt

Waffen-Exporte in der Kritik

**Bern.** Die CVP und die SP streben eine aktuelle Debatte im Nationalrat zum Export von Rüstungsgütern an. Beide Fraktionen kritisieren die Pläne des Bundesrats, die Bestimmungen für Rüstungsexporte zu lockern, und fordern, das Vorhaben zu überdenken. Die CVP verlangt vom Bundesrat, noch einmal über die Bücher zu gehen. Zudem lösten Berichte über Funde von Schweizer Rüstungsgütern bei der Terrormiliz IS und in Libyen Diskussionen aus, stellte sie in ihrer Mitteilung von gestern fest. Diskutieren will sie zudem über Schlupflöcher in der Gesetzgebung über Exporte von Rüstungsgütern. Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) bescheinigte dem für die Bewilligung der Rüstungsexporte zuständigen Staatssekretariat für Wirtschaft vor Kurzem eine «eher wirtschaftsfreundliche» Umsetzung.

Die SP wirft in einem dringlichen Vorstoss die Frage auf, wie der Bundesrat Rüstungsexporte in Ländern mit internen Konflikten mit der in der Verfassung verankerten Friedensförderung sowie den Menschenrechten in Einklang bringen will. Allenfalls wird auch das Volk über Waffenexporte befinden. Eine Allianz gegen Exporte in Bürgerkriegsländer hat innerhalb von zwei Tagen bereits 25 000 Unterstützer beisammen. Diese erklärten sich bereit, je vier Unterschriften für die Korrekturinitiative zu sammeln.

## Mehr Schutz für Frauen

Diskutieren will die SP in der aktuellen Debatte auch über Gewalt gegenüber Frauen. In ihrer zweiten dringlichen Interpellation will sie den Bundesrat auffordern, eine landesweite Strategie gegen Gewalt an Frauen und eine Kampagne für die Sensibilisierung und Prävention zu lancieren.

Gefordert wird genügend Plätze in Frauenhäusern und anderen Institutionen. Für den Kampf gegen die Gewalt an Frauen sollen mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Voraussetzung für eine aktuelle Debatte in der laufenden Herbstsession ist, dass das Ratsbüro des Nationalrats die Vorstösse der Fraktionen für dringlich erklärt. SDA

## Finanzvorlagen nicht vors Volk

Nationalrat lehnt Initiativen ab

**Bern.** Die Stimmberechtigten sollen weiterhin über Sachfragen, nicht aber über Kredite abstimmen. Der Nationalrat will kein Finanzreferendum beim Bund. Er hat zwei parlamentarische Initiativen aus den Reihen der SVP und der GLP abgelehnt. Die beiden Fraktionen forderten, dass Bundesbeschlüsse über Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen dem fakultativen Referendum unterstellt werden, wenn die Ausgaben eine bestimmte Höhe erreichen.

Die Befürworter des Finanzreferendums sähen darin eine Stärkung der direkten Demokratie. Auf der Ebene der Kantone und Gemeinden habe sich das Instrument bewährt, sagte Adrian Amstutz (SVP/BE). Er sprach von einer direktdemokratischen Lücke zum Schutz «heiliger Kühe» wie der Entwicklungshilfe. Martin Bäumle (GLP/ZH) argumentierte ähnlich. SDA

vor eine knappe Mehrheit, während bei den Männern über 60 Prozent Nein sagen.

Eine klare Mehrheit hat in der dritten Umfragewelle nun der Veloartikel, die einzige Behördenvorlage am 23. September. 57 Prozent stimmen dem direkten Gegenentwurf zur Velo-Initiative zu, 40 Prozent lehnen ihn ab. Hauptargument der Befürworter ist, dass ein gutes Velowegnetz die Zahl der Unfälle verringere. Die Befragung zur dritten Welle der Tamedia-Umfrage fand am 6. und 7. September online statt. Teilgenommen haben 10 230 Personen aus der ganzen Schweiz.